

Bundeskonzferenz der Arbeiterwohlfahrt  
25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

**Antrags-Nr.: 1.6-02**

**Thema: Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung**

Zur Umsetzung von Chancengerechtigkeit durch Bildung und in der Bildung fordert die Arbeiterwohlfahrt:

- Bildung als Menschenrecht anerkennen und wirksam handeln

"Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung." (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948, Artikel 26). Bildung ist die zentrale Triebfeder für die Entwicklung der oder des Einzelnen ebenso wie für die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Ein Grundrecht auf Bildung darf jedoch nicht nach der jeweiligen politischen Couleur der Regierungen oder in Abhängigkeit des jeweiligen Wohnorts eines Menschen unterschiedlich weitreichend und intensiv umgesetzt werden. Chancengerechtigkeit in und durch Bildung verpflichtet alle gesellschaftlichen Institutionen, Benachteiligungen auszugleichen und jeder Person, gleichgültig welcher sozialen Schicht sie entstammt, gleiche und faire Chancen zu gewähren, z.B. auf einen Kitaplatz oder eine Ausbildungsstelle.

Die AWO fordert Bund, Länder und Kommunen auf, ein abgestimmtes Bildungskonzept im frühkindlichen und schulischen Bereich zu erarbeiten und im Rahmen einer Föderalismusreform für die Bereiche der frühkindlichen Bildung und Schule zu regeln und für eine gemeinsame und auskömmliche Finanzierung einzutreten.

- Zugänge ermöglichen, Barrieren beseitigen

Die AWO fordert Bund, Länder und Kommunen zu einem konsequenten Abbau von Bildungsbarrieren auf - etwa durch (mehr- und muttersprachliche) Informationen, den bedarfsgerechten Aus- und Umbau von Bildungsinstitutionen/Schulen hin zu sozial inklusiven Lernorten, den Aufbau von Ganztagschulen zu einem Regelangebot und die generelle Kostenfreiheit öffentlicher Bildungsangebote von der Krippe bis zur Hochschule.

- Vielfältige Bildungsorte anerkennen und unterstützen

Bildung kann aus Sicht der AWO nicht auf einzelne Lernorte oder Bildungsgelegenheiten beschränkt werden, sondern findet in allen Lebenskontexten statt. So sind etwa die Leistungen von Familie und Familienbildung, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Lernen in der Freizeit, offene Jugendarbeit, Fortbildungen im Erwachsenenalter oder ehrenamtliches Engagement und Freiwilligendienste anzuerkennen und gezielt zu unterstützen. Die Anerkennung solcher Lernorte wird durch eine ganzheitliche und kompetenzorientierte Sicht auf Bildung gewährleistet. Damit auch die in diesen Lernorten erworbenen Kompetenzen anerkannt werden können, bedarf es entsprechender Verfahren zur Ermittlung und Anerkennung nichtformal und informell erworbener Kompetenzen.

## Bundeskonzferenz der Arbeiterwohlfahrt 25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Die AWO fordert die Bundesregierung auf, den durch die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens DQR begonnenen Prozess zielführend weiter zu verfolgen. Mit den Wohlfahrtsverbänden sind gemeinsam Anerkennungsverfahren zu erarbeiten, welche die Zertifizierung von nichtformal und informell erworbenen Kompetenzen auch für den Sozial- und Gesundheitsbereich ermöglichen.

- Qualität sichern, Standards wahren

Die AWO wehrt sich vehement gegen jegliche Absenkung jugendhilfe- und bildungspolitischer Standards. Die aktuell aufgrund der Flüchtlingsthematik immer wieder ins Gespräch gebrachte Forderung nach Absenkung der Jugendhilfestandards bspw. durch Erhöhung von Gruppengrößen in Kindertageseinrichtungen oder die Aufweichung des Fachkräftegebots lehnt die AWO ebenso ab wie die Schaffung von „Sondereinrichtungen“ für bestimmte Zielgruppen. Gerade die Förderung und Integration neu Zugewanderter erfordert ein Mehr an Qualität.

Der Anspruch auf Qualität der Leistungen und die Erreichbarkeit für alle steht für die AWO im Mittelpunkt einer chancengerechten Bildung.

Die AWO Gliederungen werden aufgefordert im Rahmen ihrer Lobbyarbeit und in anstehenden Haushaltsverhandlungen mit den Jugendhilfeträgern auf die Einhaltung der Qualitätsstandards zu achten.

- Bildungsinvestitionen erhöhen

Bildung ist die zentrale Ressource einer modernen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Im internationalen Vergleich gibt Deutschland hierfür zu wenig Geld aus. Die AWO fordert eine Anpassung der öffentlichen Bildungsausgaben des Bundes an die Standards der OECD und damit eine entsprechende Aufstockung der Mittel im Bildungsbereich.

- Kommunale Bildungslandschaften ausbauen

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, gilt es, alle relevanten Bildungsorte und Bildungsgelegenheiten in einem Zusammenhang zu betrachten. Wenn diese „Bildungslandschaft“ als „kommunal“ bezeichnet wird, wird damit zugleich ein Anspruch an die Gemeinde formuliert, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln. Bildung wird in der Konsequenz stärker als bislang als kommunal verantwortete Aufgabe gesehen.

Die AWO nimmt die Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft als politische Herausforderung ernst und fordert alle Verantwortlichen auf kommunaler Ebene auf, sich konzeptionell nicht lediglich auf die Kooperation Jugendhilfe - Schule zu beschränken sondern weitere kommunale Fachplanungen in die Betrachtung einzubeziehen (z. B. auch Sozial- und Stadtentwicklungsplanungen), den Aufbau von Netzwerken zwischen den Akteuren anzuregen und zu fördern (z.B. mit Hilfe einer Präventionskette zur frühestmöglichen und systematischen Förderung aller jungen Menschen) sowie schul- und schulformübergreifende Angebote in den Sozialraum hinein zu entwickeln.

## Bundeskonzferenz der Arbeiterwohlfahrt 25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Kommunal ungleich ausgestaltete Rahmenbedingungen in der Umsetzung kommunaler Bildungslandschaften sind nach Auffassung der AWO durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern auszugleichen, um in Deutschland Chancengerechtigkeit flächendeckend Realität werden zu lassen.

- Es braucht mehr als Bildung

Bildung ist ein ganz zentraler Baustein zur Herstellung einer chancengerechten Gesellschaft. Dennoch ist sie gerade für Menschen in prekären Lebenslagen eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft.

Insbesondere zur Armutsbekämpfung fordert die AWO die Bundesregierung auf, monetäre Transfers in Form einer Kindergrundsicherung als eine notwendige Weiterentwicklung der klassischen Transferzahlungen einzurichten.

- Die AWO stellt sich

Zur vertieften Auseinandersetzung mit der Frage nach Bildungsgerechtigkeit und zur Analyse von Bildungshürden in AWO Einrichtungen und Diensten schlägt die Bundeskonferenz dem Bundesverband vor, die Durchführung einer Sozialkonferenz zu prüfen.